

Erfahrungen aus der *Ostpolitik* für den Nahostkonflikt

Die sozialdemokratische Außenpolitik beruht auf den Prinzipien der internationalen Kooperation und hat in ihrer langen Geschichte wichtige Beiträge sowohl zur Entschärfung als auch zur langfristigen Lösung verschiedener Konflikte geleistet. Willy Brandt, Egon Bahr und ihre sozialdemokratischen Zeitgenossen zeigten, dass ihre auf einen Wechsel durch Annäherung beruhende Ostpolitik in festgefahrenen Konflikten erfolgreicher sein konnte, als die traditionelle Außenpolitik, die als politisches Mittel nur die Ausübung von Druck kennt.

Nach einer Periode der Isolation in Europa, haben Annäherung und Dialog die Grundlagen für eine noch nie



Knut Dethlefsen und Egon Bahr

da gewesene Ära des Friedens geschaffen. Selbstverständlich sind die Umstände des Nahostkonflikts nicht vergleichbar mit denen des Kalten Krieges und verschiedene Besonderheiten komplizieren die Situation in der Region zudem. Beide Konflikte haben aber gemeinsam, dass sie als schwer lösbar gelten und sich beide Konfliktparteien unversöhnlich gegenüberstehen. Die diplomatischen Instrumente der Vergangenheit sind zwar längst überholt, jedoch hat das Prinzip der engagierten Zusammenarbeit überdauert.

Die Komplexität und Schwierigkeit regionaler Konflikte können nicht als Grund für den Mangel an relevanten regionalen Strukturen herhalten. Schließlich schienen auch am Anfang der Entspannungspolitik die Barrieren unüberwindbar hoch.

Seit der Vereinigung sieht sich Deutschland in zunehmenden Maße Erwartungen ausgesetzt, größere Verantwortung in der internationalen Politik zu übernehmen. Dabei konzentriert sich die Diskussion über diese Verantwortung in den letzten Jahren zunehmend auf die militärischen Beiträge. Gleichwohl ist unstrittig, dass den Konfliktursachen nur mit zivilen Maßnahmen begegnet werden kann. Insbesondere die Sozialdemokratie kann hier aus einem reichen Fundus nicht-militärischer Außenpolitik schöpfen, die wie im Fall der Ostpolitik dazu beigetragen hat, Konflikte zu entschärfen und langfristig aufzulösen. Der Prozess der europäischen Einigung stellt ein bisher einmaliges Erfolgsprojekt dar, über geteilte Souveränität und gesellschaftliche Ausgleichssysteme für stabile, friedliche und demokratische Entwicklungen zu sorgen. Diese Erfahrungen sollten zusammen mit den zahlreich vorhandenen Ansätzen im System der Vereinten Nationen genutzt werden, um zur Entschärfung der neuen Bedrohungen beizutragen. Dabei ist klar, dass politische Strategien, die in einem bestimmten historischen Kontext erfolgreich waren, nicht einfach auf aktuelle Prozesse übertragen werden können. Jedoch lässt sich aus den Erfahrungen vor allem aus Ostpolitik und europäischen Einigungsprozess eine grundlegende Schlussfolgerung ziehen: zivile Transformation ist möglich. Trotzdem kann zwar aufgrund der akuten Gewaltszenarien in regionalen Konflikten die Hinzuziehung militärischer Komponenten nicht ausgeschlossen werden. Sie dürfen aber niemals als Mittel oder Ersatz der Entwicklungspolitik verstanden werden und müssen stets in eine übergeordnete zivile Strategie eingebettet werden.

In der weltweiten Friedenssicherung sind regionale und globale Regime und Organisationen in mehrerer Hinsicht von zentraler Bedeutung. Einerseits können internationale Organisationen als Kanäle der Krisenprävention und Bearbeitung dienen. Andererseits tragen internationale Organisationen durch gemeinsame Entscheidungen oder sogar die zwischenstaatliche Integration von Entscheidungsverfahren zur Minimierung zwischenstaatlicher Auseinandersetzung und friedlichen Lösung ihrer Konflikte bei. Die SPD

kam Ende der neunziger Jahre in einer entscheidenden Phase an die Regierung, als die Frage des globalen Regierens und der Bewältigung der mit der Globalisierung verbundenen Probleme einen zentralen Stellenwert einnahm. Sozialdemokratische Außenpolitik setzt sich erklärtermaßen für die Stärkung des Völkerrechts und der relevanten internationalen Organisationen ein, um das Recht des Stärkeren und eine Politik unilateraler Militärstrategien in der internationalen Politik nicht zum Standart werden zu lassen. Die deutsche Sozialdemokratie kann für diese zentrale Aufgabe auf die Erfahrungen der aktiven Entspannungspolitik Willy Brandts zurückgreifen. Hervorzuheben ist die Bereitschaft zum Dialog mit nicht freundlich gesinnten Akteuren und die Fähigkeit, mit zähen Verhandlungen Brücken zu schlagen und Bewusstsein zu verändern.

- Deutschlands und Europas militärische Schwäche sollte in diesem Zusammenhang durchaus als politische Stärke verstanden werden. Es gibt uns die Chance, uns auf die europäischen Erfahrungen der Konfliktüberwindung zu konzentrieren. Diese ganzheitlichen Strategien beinhalten vor allem eine friedliche und langwierige Bearbeitung und im besten Falle die Beseitigung der Konfliktursachen.
- Es handelt sich um eine Politik der zivilen Transformation. Ostpolitik, KSZE/OSZE und EU sind letztendlich Ausdruck und Ergebnis friedlicher Transformation von Konflikten. Diese Erfahrung lassen sich zwar nicht ohne weiteres auf andere regionale Konflikte übertragen. Aber die Strukturen der friedlichen Transformation können eine wichtige Orientierung auf dem Weg zur Konfliktlösung sein:
- Konflikte sollten in ihrem regionalen Kontext gelöst werden. Es geht um die Implementierung regionaler Kooperation und Sicherheitsmechanismen und den Aufbau regionaler politischer Regime mit geteilter Souveränität. Regionale Verhandlungsstrukturen sind bilateralen grundsätzlich vorzuziehen.
- Die Komplexität und Schwierigkeit regionaler Konflikte können nicht als Grund für den Mangel an relevanten regionalen Strukturen herhalten. Schließlich schienen auch am Anfang der Entspannungspolitik die Barrieren unüberwindbar hoch.
- Verschiedene Elemente der sozialdemokratischen Ostpolitik können auch für diplomatische Offensiven zur Stärkung und zum Aufbau regionaler Kooperation und Organisation dienen: Grundlage jeglicher Konfliktüberwindung ist die Anerkennung der Legitimität der Ansprüche und Wahrnehmungen des Anderen und das Hineindenken in die damit verbundene Interessenslage. Es geht darum, den Gegner als Dialogpartner zu begreifen.
- Ein nächster Schritt ist eine glaubhafte und tragfähige Vereinbarung von Gewaltverzicht auf die eine Politik der kleinen Schritte und des Minimalkonsens folgt, die jedoch erfahrungsgemäß das Bewusstsein der politischen Akteure verändert. Wenn Gewaltverzicht nicht möglich ist, so ist zumindest eine Vereinbarung eines tragfähigen Verhaltenscodes vonnöten.
- In einer solchen Phase ist ein ständiger Kontakt der Unterhändler unerlässlich. Grundlage für Verhandlungen zur Konfliktbeilegung ist auch die Anerkennung des Status Quo, beispielsweise das Anerkennen von Grenzen. Die Anerkennung macht es erst möglich, dass Grenzen dann in den Verhandlungen wieder verschoben werden können.
- Gleichzeitig kann an einem Aufbau von Strukturen und Netzwerken gearbeitet werden, welche die Konfliktparteien sozio-ökonomisch verflechten und in einen größeren Kontext einbinden und Dialoge zur Überwindung von Feindbildern möglich machen.

Eine globale Ordnungsmacht ist die EU dank der vorhandenen zivilen und wirtschaftlichen Stärken. Dieses Potential gilt es auszubauen, dazu müssen zukünftig sowohl auf der deutschen als auch auf der europäischen Ebenen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Der zivile Arm für internationale Intervention braucht Muskeln, sprich europäische Institutionen, die zur Prävention und zur Konfliktnachsorge Fachkräfte aus Justiz und Verwaltung zum Aufbau von Justizwesen, Verwaltung, Bildungssektor, Steuerwesen etc. schnell

bereitstellen können. Daran mangelt es bisher. Dafür muss Deutschland innerhalb der EU eine Führungsrolle übernehmen und entsprechende Allianzen zu schmieden. Im Europa der Vielen kommt es auf die entschlossenen Initiativen der Wenigen an, denn die EU-Erweiterung hat dazu geführt, dass die Entscheidungsstrukturen in Brüssel schon jetzt so kompliziert sind, dass der Weg Europa als starken, einheitlichen Akteur bei der zivilen Beilegung von Konflikten zu etablieren steinig ist und jemanden benötigt, der voran schreitet. Die zivile Komponente des Krisenmanagements sollte in Europa aber auch in den Krisenregionen eine Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren anstreben, die über wichtige Erfahrungen und Zugänge verfügen. Die politischen Stiftungen können als Dialog- und Beratungsagenturen hier wichtige Aufgaben übernehmen.